

Aarau, 18. Januar 2022

Medienmitteilung

Stromversorgungssicherheit gewährleisten

FDP Aargau stellt Forderungen zur Stromversorgungssicherheit auf

Gemäss Risikoanalyse des Bundes ist die Strommangellage das grösste Risiko in der Schweiz – noch vor einer Pandemie. Die Wahrscheinlichkeit, dass im Winter während mehrerer Monate eine Stromunterversorgung eintreffen könnte, ist markant gestiegen. Das abschätzbare Schadensausmass ist gewaltig und übertrifft die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie. Die Folgen sind für Gesellschaft und Wirtschaft verheerend. Die FDP Aargau fordert deshalb konkrete Massnahmen, damit dieses drohende Szenario kurz-, mittel- und langfristig nicht eintritt.

Die FDP-Mitglieder haben am heutigen FDP-Parteitag zu einem Grundsatzpapier «Stromversorgungssicherheit» angeregt diskutiert und konkrete Forderungen an Bund, Kantone und Gemeinden verabschiedet.

Krisenmanagement vorbereiten, KKW-Laufzeit verlängern

Kurzfristig bis 2025 bleibt nur, das Krisenmanagement auf allen Staatsebenen vorzubereiten, sodass bei einem Stromversorgungsunterbruch rasch und zielgerichtet gehandelt werden kann. Die in ganz Europa fehlende Energie kann nicht innert weniger Jahre aufgebaut werden. Mittelfristig ist die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern. Anders kann die Zeit bis 2040 nicht überbrückt werden. Die heutigen Kernkraftwerke sollen so lange betrieben werden wie sie sicher sind.

Technologieverbote abschaffen

Für die langfristige Sicherstellung der Versorgungssicherheit müssen der Bund und der Kanton Aargau eine technologieoffene Forschungsoffensive starten. Das Ziel ist, bis 2050 eine möglichst CO₂-neutrale Stromversorgung im Winter sicherzustellen. Dabei darf auch die Kernkrafttechnologie kein Tabu mehr sein. Der Weltklimarat sowie die Europäische Union sind zur Überzeugung gelangt, dass diese Technologie eine wichtige Rolle spielt, um die Klimaziele bis 2050 trotz erhöhtem Strombedarf erreichen zu können.

Interessenabwägung unter Aspekt der Versorgungssicherheit

Die Interessen von Umwelt- und Landschaftsschutz sowie Energiegewinnung und -transport sind immer abzuwägen. Für die FDP Aargau ist klar, dass der Aspekt der Versorgungssicherheit in dieser Abwägung zentral sein muss. Wo für die Versorgungssicherheit keine bedeutenden Kapazitäten geschaffen werden können, soll der Umwelt- und Landschaftsschutz Vorrang erhalten – und umgekehrt.

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin:

«Wir müssen mit allen Mitteln eine Stromlücke verhindern. Dazu gehört auch, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern und zwingend alle zur Verfügung stehenden Technologien gleichwertig zu behandeln. Hierzu sind sämtliche Technologieverbote aufzuheben.»

Adrian Meier, Grossrat, Vize-Parteipräsident, Ressortleiter Energie:

«Die «heisse» Kartoffel der Versorgungssicherheit reichen sich heute Bund, Kantone und Elektrizitätswirtschaft gegenseitig zu – niemand fühlt sich verantwortlich. Der Bundesrat hat dies sofort zu regeln, damit auch Anreize geschaffen werden, sich der Gefahr der drohenden Stromlücke ernsthaft anzunehmen. Nur wer verantwortlich ist, handelt.»

Weitere Auskünfte:

Adrian Meier, Grossrat, Vize-Parteipräsident, Tel. 078 605 61 51

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin, Tel. 079 333 51 78